Kommunalpolitisches Frauennetzwerk im Kreis Pinneberg

Möglichkeiten zur Erhöhung des Frauenanteils in den Parteien im Kreis Pinneberg

Einleitung

In den Kommunen des Kreises Pinneberg sind Politikerinnen in den Parteien und Kommunalvertretungen aktiv. Damit gestalten und prägen sie ihre jeweiligen Städte, Kreise und kreisfreien Städte.

Um frauenpolitische Aspekte überparteilich zu bündeln, zu diskutieren und gemeinsame Lösungsstrategien zu entwickeln, hat sich das kommunalpolitische Frauennetzwerk 2017 gegründet.

Ziel ist, den Frauenanteil in den Parteien im Kreis Pinneberg zu erhöhen und eine überparteiliche Vernetzung der Politikerinnen zu ermöglichen.

Besonders für junge Frauen und Einsteigerinnen gibt es Hinderungsgründe für ein politisches Engagement vor Ort. Dieses Papier benennt Hinderungsgründe und schlägt Lösungsansätze vor.

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!

Vor allem auf kommunalpolitischer Ebene wird eine Erhöhung der Frauenanteile sowie einer stärkeren Mitwirkung von Frauen in politischen Wahlämtern angestrebt. Im Kreis Pinneberg ist durchschnittlich nur jeder vierte Sitz von einer Frau besetzt. Damit sind Frauen in den politischen Vertretungen unterrepräsentiert. Ein Blick auf den Schleswig-Holsteinischen Landtag und Bundestag nach den letzten Wahlen zeigen, dass die Anzahl der Mandatsträgerinnen gesunken ist.

Die Auffassung, dass Frauen politisch weniger interessiert seien als Männer, ist nicht zutreffend. Frauen haben sehr wohl ein Interesse an Politik und an der Mitgestaltung ihrer Kommune.

Die Gründe, warum es weniger Frauen als Männer gibt, die ein Mandat in der Kommunalpolitik übernehmen, sind vielfältig und oft in der (noch) traditionellen Arbeitsteilung in den Familien begründet.

Frauen übernehmen nach der Familiengründung oftmals eine Teilzeitbeschäftigung und die Betreuungs- und Sorgearbeit.

Als Hinderungsgründe für ein kommunalpolitisches Engagement werden von Frauen genannt:

- fehlende Betreuungsmöglichkeiten
- fehlende Einführung in die Strukturen der Gremien- und Parteiarbeit
- keine familienfreundliche Sitzungstermine, also überlange Gremiensitzungen
- fehlender wertschätzender Umgang, in den Fraktionen, unter den Fraktionen und in den Rückmeldungen durch Bürgerinnen und Bürger.

Wir schlagen deshalb vor:

- auf bestehende Unterstützungsmöglichkeiten hinzuweisen und verstärkt zu informieren, so werden die Betreuungskosten für Kinder und pflegebedürftigen Angehörigen gem. §14 EntschV auf Antrag übernommen.
- Sitzungstermine anzupassen und in der Zeit zu beschränken.

- Mentoring - Programme „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“
- überparteiliche Austauschform für interessierte Frauen und Einsteigerinnen mit erfahrenen Kommunalpolitikerinnen.

Dies Positionspapier richtet sich an die im Kreis vertretenden Parteien für Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den politischen Gremien auf kommunaler Ebene.

Pinneberg/Elmshorn im Januar 2018

Für das Kommunalpolitische Frauennetzwerke im Kreis Pinneberg

Tinka Frahm
Gleichstellungsbeauftragte
Kreis Pinneberg

Deborah Azzab-Robinson
Gleichstellungsbeauftragte
Stadt Pinneberg